



Paul Henri Spaak
25. Januar 1899 – 31. Juli 1972.
Belgischer Politiker.
1925–1935 Führer der extremen Linken
im Parti Ouvrir Belge. 1932–1956 und
1961–1966 sozialistischer Abgeordneter
in der Zweiten Kammer. Seit 1935
Minister, 1936–1940 Außenminister,
1938–1939 zugleich Ministerpräsident.
Vergeblicher Versuch, Belgien aus dem
Zweiten Weltkrieg herauszuhalten.
Ab 1940 Mitglied der belgischen
Exilregierung in London. 1946 Präsident
der ersten UN-Vollversammlung.
Verschiedene Regierungsposten.
Förderte die Bildung der Benelux und
der Einigung Europas.
1957–1961 NATO-Generalsekretär.

Paul Henri Spaak

Generalsekretär der Nordatlantikpakt-Organisation

«Die Politik des Westens»

Ich weiß sehr wohl, dass ich heute bei dem, was ich mir vorgenommen habe, vor zwei Schwierigkeiten stehe. Die erste ist die Tatsache, dass ich nicht deutsch spreche und mich daher einer Dolmetscherin bedienen muss. Wir wollen dabei ein Verfahren einschlagen, das – wie mir bewusst ist – für alle Beteiligten eine Anstrengung bedeutet, für den Vortragenden, für die Dolmetscherin und auch für die Zuhörer. Ich habe jedoch nicht die Absicht, eine Stunde lang französisch zu reden und diesen Vortrag dann übersetzen zu lassen. Ich will nur meine Gedanken entwickeln, und sobald ich einige Minuten lang gesprochen und einen bestimmten Punkt erschöpfend behandelt habe, werde ich die Dolmetscherin bitten, meinen Platz einzunehmen und auf deutsch zu wiederholen, was ich gesagt habe. Die zweite Schwierigkeit ist, wie ich glaube, psychologischer Art. Als Generalsekretär der NATO, der in amtlicher Eigenschaft in die Bundesrepublik gekommen ist, um hier einige Besprechungen zu führen und Erklärungen abzugeben, weiß ich sehr wohl, dass ich – ohne dass ich mich dazu gedrängt habe – verpflichtet bin, meine Ansicht zu Fragen darzulegen, über die zurzeit, wie ich wohl sagen darf, in Ihrem Lande eine leidenschaftliche Diskussion im Gange ist, und es könnte nun so aussehen, als ob ich mich in die Innenpolitik ihres Landes einmischen wolle. Nichts liegt mir ferner, und hoffentlich wird mich niemand einer solchen Ungehörigkeit zeihen. Aber leider ist es nun einmal so, dass, sobald man sich mit den Problemen der Außenpolitik befasst, es heutzutage keine solchen mehr gibt, die nur ein bestimmtes Land angehen. Alle derartigen Probleme gehen uns alle an, und vielleicht werden sogar diejenigen, welche die Gedankengänge, die ich Ihnen heute Abend vortragen werde, ablehnen – sofern sie nicht allzu voreingenommen sind – zu der Überzeugung kommen, dass es gar nicht einmal schlecht ist, wenn ich objektiv, oder wenigstens so objektiv wie möglich den Versuch unternehme, die umstrittenen Probleme darzulegen, in der Hoffnung, dass sich in meinem Vortrage einige neue Argumente finden, die es jedem einzelnen ermöglichen, die Dinge noch einmal zu überdenken und dann seine Stellungnahme zu den schwerwiegenden Fragen, über die man zurzeit so heftig diskutiert, endgültig festzulegen.

Meine Absicht geht nun dahin, Ihnen besonders die Probleme der militärischen Verteidigung und der internationalen Politik vor die die NATO sich gestellt sieht, zu schildern. Aber bevor ich mit diesem Teil meines Vortrages beginne, halte ich es für erforderlich zu versuchen, Ihnen die Daseinsberechtigung des Atlantikpaktes und der daraus hervorgegangenen Organisation vor Augen zu führen; denn Sie wissen sicherlich, dass diese heftig in der kommunistischen Welt kritisiert werden. Dort ist man der festen Meinung, dass die NATO der Feind Nr. 1 ist, ein Feind, den man unbedingt unschädlich machen muss. Es gibt sogar in der öffentlichen Meinung des Westens gewisse Strömungen, denen es zweifelhaft zu sein scheint, ob die NATO überhaupt notwendig ist. man wirft uns vor, dass die NATO einen Block darstelle, und man sagt uns: «Ihr seid demnach Anhänger einer Blockpolitik, und dadurch macht Ihr das friedliche Nebeneinanderleben der Völker und die Erhaltung des Friedens nur noch schwieriger.» Es ist zweifellos richtig, dass die NATO einen Block darstellt; aber ich glaube, dass man dabei auf Folgendes nachdrücklich hinweisen muss: «Wenn es auch wahr ist, dass wir im Jahre 1949 durch die Unterzeichnung des Vertrages von Washington einen Block geschaffen haben, so ist uns doch diese Politik gerade durch die Handlungsweise Sowjetrusslands aufgezwungen worden.»

Meiner Überzeugung nach ist die Atlantikorganisation nur die natürliche Folge der unerfreulichen Außenpolitik der Sowjets seit Anfang, vor allem aber seit Ende des Zweiten Weltkrieges. In der Tat, was wir haben aufhalten und verhindern wollen, ist die Fortsetzung des imperialistischen Vordringens

des Kommunismus in Europa. Wenn ich hier den Ausdruck «kommunistischer Imperialismus» gebrauche, weiß ich, dass ich damit nicht nur den heftigen Zorn der Kommunisten selbst errege, sondern auch den Zorn derjenigen, welche dem Kommunismus und seiner Politik gegenüber viel Wohlwollen und ein wenig zuviel Nachsicht gezeigt haben. Diese Leute behaupten nämlich, dass es nicht wahr sei, dass die Kommunisten seit 1939 in Europa eine imperialistische Politik betrieben haben.

Meine Damen und Herren! Was heißt denn eigentlich «imperialistische Politik»? Was ist denn eigentlich «Imperialismus»? Doch wohl die Tatsache, dass ein Land sich irgendeines fremden Gebietes bemächtigt und dort einigen Millionen von Männern und Frauen, die – wenn sie frei wären – ganz anders leben möchten, seine Gesetze aufzwingt. Das scheint mir eine klare und für jedermann verständliche Definition des Imperialismus zu sein. Und was haben nun die Sowjets seit 1939 getan? Ich möchte Sie nur daran erinnern, dass sie, ohne viel Federlesens zu machen, Litauen, Lettland und Estland annektiert haben. Unter Ausnutzung der Kriegs- und Nachkriegsumstände haben sie sich eines Teiles Finnlands, Polens, Rumäniens und Deutschlands bemächtigt. Und dank einer taktisch recht geschickt geführten Politik haben sie es fertiggebracht, in Warschau, Prag, Budapest, in allen Balkanländern sowie in Ostdeutschland Regierungen, die wir als Satelliten bezeichnen, in den Sattel zu heben. So haben sie Tausende von Quadratkilometern in ihre Machtsphäre einbezogen; sie haben Millionen menschlicher Wesen gegen deren Willen ihren Gesetzen unterworfen. Ein solches Vorgehen scheint mir haarscharf das zu sein, was man imperialistische Politik nennt. Diese Politik haben sie bis zum Jahre 1948 in Europa verfolgt. Im Verfolg dieser Taktik, die heute schon beinahe klassisch geworden ist, hat es dann in jenem Jahre in Prag einen kommunistischen Aufstand gegeben, durch den die Tschechoslowakei aus der Zahl der demokratischen Länder ausgeschieden ist. Ich glaube, wenn man einmal die Geschichte der Nachkriegszeit schreibt, muss man diesem Ereignis in Prag, dieser Revolution in Prag, besondere Bedeutung beilegen; denn meiner Meinung nach war dies ein Wendepunkt in der internationalen Politik. Bis dahin hatten die Westmächte der russischen Expansion in Europa mehr oder minder tatenlos zugesehen, sie mehr oder weniger geduldet. nach dem Prager Staatsstreich hat jeder Einzelne die Gefahr erkannt, die Europa drohte. Jeder hat sich gesagt: «Was da in Prag geschehen ist, könnte sich nach bewährter Methode genau so gut auch in einer anderen Stadt oder Hauptstadt Europas ereignen. Wenn wir nicht der Reihe nach Opfer dieser Politik des Umsturzes und des Druckes werden wollen, müssen wir zusammenhalten und uns dabei auf die Vereinigten Staaten und Kanada stützen. Wir wollen alle gemeinsam den Russen zu verstehen geben, dass sie mit dieser Art von Politik Schluss machen müssen, und auf diese Weise werden wir der Gefahr, in der wir schweben, entrinnen können.»

Meine Damen und Herren! Möge niemand vergessen, dass bis jetzt – und wie ich hoffe, auch in Zukunft – der Nordatlantiktakt in dieser Hinsicht ein voller Erfolg ist, ein hundertprozentiger Erfolg.

Ich habe Sie soeben daran erinnert, dass es das wesentliche Ziel dieses Paktes war, das Vordringen des Kommunismus in Europa zum Stehen zu bringen, ohne dabei mit Gewalt vorzugehen und einen Krieg zu entfesseln. Es kann nun wohl niemand bestreiten, dass seit 1949 – dem Zeitpunkt, wo der Atlantiktakt unterzeichnet wurde – und das ist kein bloßes zeitliches Zusammentreffen – der sowjetische Imperialismus in Europa keine Fortschritte mehr gemacht hat. Diese Tatsache gestattet es uns, ohne weiteres zu behaupten, dass man es sich überlegen sollte, ja überlegen muss, ob man eines Tages den Atlantiktakt auflösen will; denn wenn man das täte, würde man wahrscheinlich wieder die politischen Voraussetzungen schaffen, die schon einmal zehn Jahre lang den Sowjets ihr imperialistisches Vordringen ermöglicht haben. Alle Befürworter dieses Paktes sollten sich des errungenen Erfolges freuen und immer wieder nachdrücklichst auf ihn hinweisen. Und alle Länder, die dem Atlantikbündnis angehören, müssen den Staatsmännern dankbar sein, die den einzig möglichen Weg beschritten haben, den sowjetischen Imperialismus aufzuhalten.

Es möge mir bei dieser Gelegenheit gestattet sein, darauf hinzuweisen, dass von allen Ländern des Atlantikpaktes, die dankbar sein müssen, dass dieser ein so großer Erfolg geworden ist, die Deutschen unbedingt in vorderster Linie stehen sollten; denn ich glaube nicht, zu viel zu sagen, auch wenn ich jetzt gleich von einem Ereignis spreche, das gar nicht stattgefunden hat, wenn ich behaupte, dass Berlin das nächste Opfer gewesen wäre, wenn wir nicht nach den Ereignissen in Prag den Vormarsch des kommunistischen Imperialismus aufgehalten hätten. Die späteren Geschehnisse haben es übrigens erwiesen – ich brauche hier nicht auf die Zwischenfälle, die es in Berlin gegeben hat, weiter einzugehen –, und ich frage mich, wer denn ernstlich behaupten könnte, dass Berlin hätte gerettet werden können, wenn der Atlantikpakt nicht bestanden hätte.

Auf diese Weise glaube, zumindest hoffe ich, die Bedeutung und Notwendigkeit der NATO klargestellt und bewiesen zu haben. Aber obgleich der Atlantikpakt als Ganzes ein so voller Erfolg gewesen ist, würde es mir doch nicht in den Sinn kommen, dafür einzutreten, dass dieses Bündnis starr und unabänderlich bleiben soll. Natürlich müssen die Führer der Regierungen, die diesem Bündnis angehören, von Zeit zu Zeit die Lage peilen und prüfen, ob nicht Veranlassung besteht, das Bündnis den veränderten Umständen anzupassen. Aus diesem Grunde kommen sie in gewissen Abständen, mindestens zweimal jährlich, zusammen, um nach dem Rechten zu sehen. Sie wissen, dass im Dezember vergangenen Jahres in Paris eine besonders wichtige Zusammenkunft stattgefunden hat; denn damals erschienen nicht nur die Außenminister, sondern sogar die Regierungschefs, um die Lage zu überprüfen. Und diese haben sich dann tatsächlich auch mit Problemen militärischer und politischer Art von größter Bedeutung beschäftigt.

Über diese beiden Arten von Problemen will ich jetzt zu Ihnen sprechen, und zwar zuerst über die militärischen. Heute morgen nahm ich an einer Fernsehsendung teil, und mein deutscher Gesprächspartner sagte zu mir: «Ich stelle Ihnen jetzt Fragen über Probleme, über die man zurzeit in Deutschland leidenschaftlich diskutiert.» In meiner Antwort habe ich dann zu Beginn einen Augenblick lang bei dem Wort «leidenschaftlich» verweilt. Ich glaube, es ist nicht zweckmäßig, Probleme der Außenpolitik gefühlsmäßig zu erörtern. Ich glaube, es ist besser, mit kühler Vernunft an sie heranzugehen. Wir sollten unsere gefühlsmäßigen Regungen lieber in anderen Bezirken unseres Wirkens einsetzen. Gelegenheit dazu ist reichlich vorhanden. Aber sollte man sich nicht besonders bemühen, bei den Beziehungen zu anderen Ländern, bei den Problemen der Außenpolitik alles auszuschalten, was in den Bereich gefühlsmäßiger Reaktionen gehört, die sehr ehrenwert, sehr oft völlig begreiflich sein mögen, die aber, wie ich glaube, letztlich gute Lösungen nur erschweren? Muß man nicht versuchen, die Probleme gelassen und ruhig zu sehen, ohne sich durch hässliche Erinnerungen oder die Furcht vor der Zukunft beeinflussen zu lassen, und sie dann mittels vernünftiger Überlegung lösen?

Das gerade will ich heute Abend vor Ihnen versuchen. Ich sage «versuchen», weil ich selbst – ich gebe das ohne weiteres zu – mich zuweilen von meinen Gefühlen hinreißen lasse, wenn ich über Politik rede. Aber ich will mir Mühe geben und versuchen, etwas zu tun, was nur selten vorkommt: selbst die Ratschläge befolgen, die man gewöhnlich den anderen gibt. Wir stehen also vor den militärischen Problemen der Aufrüstung. Da möchte ich eine Erklärung abgeben und versichern, dass ich sie nicht nur für mich selbst, sondern auch namens aller Außenminister und aller Regierungschefs, die in Paris waren, abgeben kann. Ich habe sie übrigens gestern Abend auch aus dem Munde Ihres Kanzlers gehört; ich habe sie ferner in einer Zeitung gelesen, die einen Auszug aus einer seiner Reden gab: Alle Außenminister der NATO-Länder sind überzeugt, dass das Problem Nr. 1, das man mit Vorrang lösen muss, das Problem der allgemeinen und kontrollierten Abrüstung ist.

Ich bitte Sie, mir zu glauben, dass ich diese Erklärung nicht in polemischer Absicht abgebe, um mir die Sympathien meiner Zuhörerschaft zu sichern. Ich gebe diese Erklärung ab, weil ich wirklich daran glaube, und ich bin der Meinung, dass die Außenminister ihre Parlamente und die öffentliche Meinung in ihren Ländern niemals davon überzeugen können, dass ihre Außenpolitik gut

ist, das heißt, dass sie geeignet ist, ihren Völkern den Frieden zu sichern, solange die Frage der allgemeinen und kontrollierten Abrüstung nicht gelöst ist. Nachdem ich dies vorausgeschickt habe, verpflichtet mich die politische Vernunft allerdings zu dem Eingeständnis, dass die Frage der allgemeinen und kontrollierten Abrüstung nur sehr schwer zu lösen ist. Sie ist schwierig in psychologischer Hinsicht wegen des Mangels an Vertrauen in dieser unserer Welt, schwierig aber auch im Hinblick auf ihre technische Durchführung. Als Beweis dafür möchte ich eine Abrüstungskonferenz anführen, die zwischen den beiden Weltkriegen stattgefunden hat. Sie dauerte – ich übertreibe nicht – mehrere Jahre und hat nicht zu dem bescheidensten Ergebnis geführt. Ein weiterer Beweis ist die Tatsache, dass seit dem Zweiten Weltkriege, oder genauer gesagt, während der letzten Monate, die Verhandlungen über die Abrüstung zwar wieder aufgenommen worden sind; aber leider muss man feststellen, dass die Ergebnisse äußerst kümmerlich, äußerst enttäuschend sind, und dass es keinen vernünftigen Menschen in verantwortlicher Stellung gibt, der es wagen könnte zu behaupten, dass das Problem der allgemeinen und kontrollierten Abrüstung in absehbarer Zeit gelöst werden wird, auch wenn er es noch so sehr wünscht und hofft. Folglich müssen wir es als eine Tatsache, als eine bittere Wahrheit hinnehmen, dass die Abrüstung nur eine künftige Möglichkeit ist. Und wenn man das erkannt hat, kann man meiner Ansicht nach nur zwei folgerichtige Standpunkte einnehmen, von denen mir der eine jedoch verwerflich und nur der andere richtig erscheint. Welches ist nun der logische, jedoch verwerfliche Standpunkt? Man kann ihn folgendermaßen umreißen:

«Ihr erklärt uns also, dass eine allgemeine Abrüstung unmöglich ist. Das ist sehr betrüblich, und wir halten das für eine sehr schwerwiegende Tatsache. Wir wollen daher den Erfolg Eurer Verhandlungen gar nicht erst abwarten, sondern wollen mit gutem Beispiel vorangehen und einseitig abrüsten, ohne auf die anderen zu warten.» Ich gebe zu, dass in einer solchen Stellungnahme eine gewisse Folgerichtigkeit liegt, und ich will daher über einen derartigen Standpunkt auch gar nicht von der Moral her rechten. Vom politischen Standpunkt aus scheint mir das jedoch eine völlig abwegige Stellungnahme und Entscheidung mit unabsehbaren Folgen zu sein.

Nehmen wir einmal an, in der westlichen Welt fände sich eines Tages eine Mehrheit für diese These. Die Anhänger dieser Anschauung sagen: «Macht den Anfang; stellt Eure Atomrüstung ein, stellt Eure Aufrüstung überhaupt ein; rüstet ab! Ihr werdet sehen, die Russen werden folgen.» Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, dass die Russen folgen werden, und ich möchte Ihnen noch ein Weiteres sagen: «Wenn die Länder des Westens abrüsten würden und ein politischer Führer Russlands wäre – eine Annahme, die sehr wenig Aussicht auf Verwirklichung hat – dann würde ich auf keinen Fall abrüsten, und zwar aus zwei Gründen: «Erstens weil die Gefahr eines Krieges erheblich geringer ist, wenn nur einer seine Waffen behält, und zweitens weil man dadurch alle politische Macht meinem Land, Russland, überlassen hätte. Man hätte es zum Herrn der Welt gemacht, ohne dass es darum zu kämpfen braucht, ohne dass es sich deswegen anzustrengen braucht. Und ich sehe wirklich nicht ein, warum ich sofort Gleiches mit Gleichem vergelten sollte, nachdem ich gerade ein so schönes Geschenk erhalten habe.» Wenn eines Tages der Westen ohne eine allgemeine Politik kontrollierter Abrüstung abrüsten sollte, würde das bedeuten, dass wir Russland als Herrn der Welt anerkannt haben. Sie werden mir doch zugeben, dass es – wie mir scheint – erforderlich ist, etwas über die Dinge nachzudenken, bevor man ein solches Vorhaben mit allen Folgen, die sich daraus ergeben, in die Tat umsetzt. Ich glaube demnach, dass diese Stellungnahme abzulehnen ist, und glücklicherweise sind die Minderheiten, die dafür eintreten, zahlenmäßig sehr schwach und werden wohl kaum mit ihrer Ansicht durchdringen.

Nachdem ich nun die eine Hypothese verworfen habe, komme ich zu einer anderen, die ebenfalls logisch richtig ist. Da wir nun einmal ein Heer behalten müssen, müssen wir auch Wert darauf legen, es so gut wie nur irgendmöglich auszurüsten. Es gibt da nun neben diesen beiden logisch richtigen Lösungen noch eine dritte, die – wie ich sagen muss – den Vorzug hat, neu

und originell zu sein. Ihre Anhänger sagen: «Ja, ein Heer muss sein, aber wir wollen kein gutes Heer. Wir wollen ein schlechtes, schwaches, mangelhaft ausgerüstetes Heer.» Man muss zugeben, dass eine derartige merkwürdige Theorie zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit einigen Erfolg hat.

Bis dahin hatten alle immer gesagt: «Wenn wir schon die Notwendigkeit, uns ein Heer zu halten, anerkannt haben, dann wollen wir es auch so gut wie nur irgendmöglich ausrüsten, d. h. mit den modernsten und wirksamsten Waffen.» Ich frage mich nun wirklich, ob diejenigen, welche sagen: «Wir brauchen zwar ein Heer, aber nicht das bestmögliche», auf diesem Standpunkt beharren können. Mir scheint, diese Schlussfolgerung ist nicht zu Ende gedacht, völlig unzureichend und daher restlos abzulehnen. Sobald man die Notwendigkeit, ein Heer zu unterhalten, grundsätzlich anerkannt hat, muss man doch auch damit einverstanden sein, dass es bestmöglich ausgerüstet wird, das heißt, auf unsere gegenwärtige Lage bezogen, wenn man ein Heer gut ausrüsten will, muss man auch seine Zustimmung dazu geben, es mit Atomwaffen auszurüsten.

Um diese Atombewaffnung ist nun ein äußerst hitziger Streit entbrannt, und ich bemühe mich, mir darüber Klarheit zu verschaffen, was deren Ablehnung seitens gewisser Leute rechtfertigt. Ich habe den Eindruck, dass sie folgendermaßen argumentieren: «Diese Waffen sind tatsächlich in ihrer Wirkung zu stark und daher zu schrecklich. Folglich muss man sie ablehnen.»

Ich kann nicht behaupten, dass mir diese Überlegung sehr plausibel erscheint, und ich glaube, dass diejenigen, welche diesen Weg beschreiten, im Begriff sind, sich eine ziemlich gefährliche Zukunft selbst zu schaffen. Ich würde es für höchst unheilvoll halten und zu der Meinung kommen, dass unsere Generation völlig versagt hat, wenn das Ergebnis unserer politischen Bemühungen sich darin erschöpfen sollte, eine gewisse Art von Krieg unmöglich zu machen, nur um statt dessen eine andere Art möglicher und wahrscheinlicher zu machen. Meiner Überzeugung nach fürchten die Menschen von heute allzusehr die Schrecken eines Krieges von morgen und vergessen allzu leicht, was wir im Kriege von gestern erlebt haben. Jedenfalls sehe ich meine persönliche Aufgabe nicht darin zu versuchen, nur eine bestimmte Art von Krieg zu verhindern, sondern den Krieg schlechthin. Kein Krieg ist zulässig, mit so genannten konventionellen und klassischen Waffen ebensowenig wie mit Kernwaffen. Hierzu möchte ich Ihnen eine Geschichte erzählen, die ich in meinen Vorträgen oft gebracht habe, weil sie großen Eindruck auf mich gemacht hat: Einige Offiziere waren mit einem Planspiel beschäftigt. Sie unterstellten bei ihrer Arbeit, es handele sich um einen Atomkrieg, und man muss es ihnen hoch anrechnen, dass sie ziemlich bestürzt über die Auswirkungen ihrer Feststellungen waren. Sie kamen nämlich zu dem Ergebnis, dass Millionen von Männern und Frauen in diesem Atomkrieg getötet werden würden, und einer von ihnen war darüber so bestürzt, dass er laut ausrief: «Man muss den Krieg auf ein menschliches Maß zurückführen.» Ich finde dieses Wort großartig. Aber für mich ist dies durchaus nicht das Ziel, welches ich mir in meinem Leben gesetzt habe. Ich bin keineswegs gewillt, mir nur Mühe zu geben, den Krieg auf ein für die Menschen erträgliches Maß zurückzuführen, sondern ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen, jede Art von Krieg zu unterbinden. Meiner Ansicht nach fängt der Schrecken des Krieges schon dann an, wenn der erste Unschuldige getötet wird, und ich weiß nicht, welchen Unterschied es da machen soll, ob das durch eine Atombombe oder eine Maschinengewehrkugel geschieht.

Nachdem ich nun diese allgemeinen Bemerkungen vorausgeschickt habe, müssen wir uns noch ein wenig näher mit dem Problem der Atomwaffen beschäftigen, um zu versuchen, hier wirklich klar zu sehen. Ich bin kein militärischer Fachmann, aber ich glaube, man kann sagen, dass es drei Arten von Atomwaffen gibt: Solche, die nur der Verteidigung dienen; die so genannten «taktischen» Atomwaffen, und schließlich die «strategischen» Atomwaffen langer und mittlerer Reichweite.

Nehmen wir uns zunächst einmal die rein defensiven Atomwaffen vor: Ich glaube, niemand würde heutzutage die Behauptung wagen, dass es noch

möglich ist, Geschütze des Zweiten Weltkrieges, selbst wenn sie verbessert wären, einzusetzen, um eine Stadt und damit auch deren Einwohner gegen einen Luftangriff zu verteidigen. Es ist eine Binsenwahrheit, dass, wenn man heute auf hoch- und schnellfliegende Flugzeuge mit Geschützen aus dem Zweiten Weltkrieg schösse, oder morgen versuchen würde, eine Rakete mit einem Geschoss abzufangen, in beiden Fällen keines der Geschosse sein Ziel treffen würde. Es ist klar, dass man Raketen einsetzen muss, um sich heutzutage gegen einen Luftangriff zu verteidigen, und um sich gegen diese Luftgeschwader wirksam zu verteidigen, muss man Raketen mit Atomköpfen einsetzen. Sollen die verantwortlichen Staatsmänner auf dieses Mittel verzichten, soll man das Schauspiel eines Ministers erleben, der an das Rednerpult eines Parlaments tritt und sagt: «Ich empfehle nicht eine einseitige Abrüstung, und auch einen kampfflosen Widerstand nicht. Ich glaube, wir müssen uns eine Organisation schaffen, um uns zu verteidigen; aber für die Verteidigung unserer Städte lehne ich Atomwaffen ab. Ich werde sie mit Geschützen verteidigen, von denen ich genau weiß, dass sie wirkungslos sind.» So etwas darf nicht Möglichkeit werden, meine Damen und Herren, und kein Mann in verantwortlicher Stellung kann eine solche Haltung einnehmen; denn sie wäre wirklich unverantwortlich.

Die Schlussfolgerung für die so genannten «taktischen» Atomwaffen ist die gleiche. Was sind denn taktische Atomwaffen? Doch nur die moderne Artillerie! Ganz sicher sind sie eine machtvolle, Schrecken einflößende Artillerie. Ich versuche hier nicht, die Dinge zu verniedlichen. Aber wie sieht denn das Problem aus? Kann denn ein Politiker zu den jungen Leuten sagen: «Ihr müsst Euren Militärdienst leisten und werdet vielleicht bei der Artillerie dienen. Nun, wir geben Euch dafür Geschütze aus dem Zweiten Weltkrieg. Diese Artillerie war einmal eine furchtbare Waffe, aber sie ist nichts im Vergleich zu der Artillerie, die Eurer möglicher Gegner heute besitzt, und wir müssen Euch leider schon jetzt sagen, dass wir euch mit Waffen in den Kampf schicken werden, die völlig wirkungslos sind, und wir müssen Euch ferner die betrübliche Mitteilung machen, dass Ihr nicht nur den Krieg verlieren werdet, sondern dass Ihr außerdem restlos zerfetzt werdet, weil Ihr so schlechte Waffen habt, und die Verantwortung dafür trifft uns, einmal, weil wir das jetzt schon wissen, und zum anderen, weil wir Euch gute Waffen hätten beschaffen können.» Sollte es wirklich einen Politiker geben, der es wagen würde, auf die Rednerbühne eines Parlaments zu steigen, um eine solche These zu verfechten? Er würde damit wohl einen recht kümmerlichen Eindruck machen.

Die dritte Art sind die so genannten «strategischen» Atomwaffen, und hier glaube ich persönlich, dass die Begriffsverwirrung zum Teil dadurch entstanden ist, dass Leute, die es gut meinten, irrtümlicherweise diese strategischen Waffen als «offensiv» bezeichnet haben. Ich glaube, hier muss man sich ganz deutlich ausdrücken. Wenn es sich darum handelte, die europäischen Heere mit Waffen auszurüsten, die es uns ermöglichen würden, einen Angriffskrieg vom Zaune zu brechen, wäre ich eindeutig gegen die Einführung dieser Waffen bei den europäischen Heeren. Ich wünschte, die Leute im Westen sähen endlich ein, dass der Begriff «Offensiv-» oder «Aggressiv-»Waffen völlig im Widerspruch zu dem Geist und – gestatten Sie mir den Ausdruck – der Philosophie der NATO steht. Die Atlantische Allianz ist eine Organisation, die ihrem Wesen nach nur auf Verteidigung eingestellt ist. Ich war im Jahre 1949 belgischer Außenminister und habe den Nordatlantikpakt für mein Land unterzeichnet. Dabei stand es für mich absolut fest, dass ich durch diese Unterzeichnung Belgien zum Mitglied einer Verteidigungsgemeinschaft machte. Ich habe dann die weitere Entwicklung des Nordatlantikpaktes während seines Bestehens verfolgt und habe bei allen Ministerzusammenkünften stets das Gefühl gehabt, dass kein Angriffsplan bestand, sondern dass wir einzig und allein danach strebten, uns für die Verteidigung zu organisieren. Und jetzt bin ich schon fast ein Jahr lang Generalsekretär dieser Organisation und kann Ihnen feierlich versichern, dass ich während dieses ganzen Jahres niemals, nicht ein einziges Mal, weder bei den zivilen noch bei den militärischen Stellen, etwas von einem Offensiv- oder Aggressivplan gegen irgend jemand

gehört habe. Das Einzige, was wir zu organisieren versuchen, ist unsere Verteidigung für den Fall, dass wir angegriffen werden – oder besser gesagt – was wir versuchen, wirklich zu organisieren, ist eine Verteidigung, die so beschaffen ist, dass der Angreifer gar nicht erst einen Angriff wagt. Nur das ist, nach meiner festen Überzeugung, der Geist, der in der NATO herrscht, und in dieser Geisteshaltung hat der Begriff «Offensiv-Waffen» – ich sage es noch einmal – überhaupt keinen Sinn. Es gibt ihn überhaupt nicht. Man nehme einmal an, wir, die NATO-Mächte, würden eines Tages von einem Gegner angegriffen, der sich – nebenbei bemerkt – damit brüstet, jede Art von Atomwaffen zu besitzen, und der – soweit ich weiß – sich noch nicht bereit erklärt hat, darauf zu verzichten. Gelegentlich droht er, uns damit völlig zu vernichten. Er würde uns mit Atomwaffen aller Art, taktischen und strategischen, angreifen und versuchen, unsere Länder mit Bomben zu belegen, vielleicht von Abschussbasen aus, die Hunderte oder Tausende von Kilometern entfernt sind. Nun möge mir doch einer sagen, welcher politische, strategische oder moralische Grundsatz uns hindern soll zu versuchen, die Basen, von denen aus der Angriff gegen uns geführt wird, zu zerstören, wenn wir uns in einer derartigen Notlage befinden! Ich stelle mir selbst diese Frage, ich stelle sie meinen Zuhörern, die mir die Ehre erweisen zu erscheinen, um mir zuzuhören. Aber bis jetzt hat mir noch niemand erklären können, kraft welchem Grundsatzes wir uns bei unserer Verteidigung Beschränkungen insofern auferlegen sollten, dass wir die so genannten «strategischen» Atomwaffen ablehnen, oder dadurch, dass wir uns dagegen sträuben, auf dem Gebiet der NATO Abschussrampen zu errichten. Hier möchte ich noch eine weitere Frage stellen: «Warum hört diese Ablehnung bei den Abschussrampen auf? Warum erstreckt sie sich nicht auch auf Flugzeuge?» Auch Flugzeuge können Bomben aus einer Entfernung, die Hunderte und Tausende von Kilometern abseits der so genannten Kampflinie liegen, befördern. Warum sträubt man sich denn gegen Abschussrampen und befreundet sich gleichzeitig mit dem Gedanken, dass Flugzeuge Atombomben befördern dürfen? Das alles erscheint mir recht unlogisch, unvernünftig und wenig stichhaltig.

Diese meine Äußerungen klingen vielleicht kriegs- und angriffslustig. Ich muss aber doch die Zivilcourage aufbringen, für die Thesen, die ich hier vor Ihnen verfechte, auch wirklich einzutreten. Ganz gewiss wäre es für mich viel leichter, den Herold rein menschenfreundlicher und friedlicher Thesen zu spielen. Aber ich glaube, dass es not tut, die Wahrheit zu verkünden, und nur darauf kommt es an.

Aber die Thesen, die ich verfechte, sind ja eigentlich gar nicht kriegerisch. Ich bin sicher, dass sie – so wie die Dinge nun einmal liegen – den Frieden am besten sichern, und ich will Ihnen auch in ein paar Worten erklären, warum. Was ist das Problem für einen möglichen Angreifer? Es handelt sich für ihn gar nicht darum, eine, zehn oder sogar fünfzig Atombomben in das Gebiet seines Gegners abzufeuern. Das Problem für einen möglichen Angreifer besteht darin, – ich bitte Sie, meine Worte jetzt in ihrem ureigensten Sinne zu verstehen – in derselben Minute sämtliche Basen zu vernichten, von denen aus eine Vergeltungsmaßnahme gegen einen willkürlichen Angriff in die Wege geleitet werden könnte. Denn der Angreifer weiß, dass von diesen Basen aus Vergeltungsmaßnahmen anlaufen werden, wenn er sie nicht restlos zerstört. Er weiß, dass, wenn es ihm vielleicht auch möglich ist, seinem Feinde schwere Schläge zu versetzen, er dennoch nicht verhindern kann, dass dieser ebenso stark zurückschlägt, und solange dieses Problem nicht gelöst ist, besteht eine fast hundertprozentige Aussicht dafür, dass niemand sich leichtfertig zu einer Aggression hinreißen lässt. Wenn nun das, was ich eben gesagt habe, wahr ist, so ist doch auch Folgendes klar: Je mehr Abschussbasen es gibt und je größer die Streuung in der Welt ist, desto schwieriger wird es für den Angreifer, das Problem zu lösen.

Wenn wir uns in dieser Beziehung sehr viel Mühe geben, kann es vom Angreifer überhaupt nicht gelöst werden. Es besteht dann sehr große Aussicht, dass der Friede erhalten bleibt. Man hat mir vorgehalten, dass die These, die ich hier jetzt verfechte, als eine solche bezeichnet werden könnte, die das Gleichgewicht der Kräfte und des Friedens nur durch Abschreckung

aufrecht erhält. Das ist sehr richtig, und ich bin gern bereit zuzugeben, dass ein Gleichgewicht, das nur durch Abschreckung gewährleistet ist, nicht gerade ideal ist. Aber ich behaupte mit derselben Überzeugungskraft, dass ein Gleichgewicht, das durch Abschreckung erhalten bleibt, doch wohl besser ist als überhaupt keines. Bevor man ein zurzeit vorhandenes Gleichgewicht zerstört, das uns, wie ich glaube, glücklicherweise seit zehn Jahren einen Krieg erspart hat, sollte man die Folgen sehr sorgfältig bedenken und sich nicht wie ein Zauberlehrling benehmen, der zwar etwas Gutes beabsichtigt, dabei aber Schäden anrichtet, die wahrscheinlich sehr gefährlich sein würden.

Meine Damen und Herren! Die Methode, die wir hier bei der Übersetzung meines Vortrages befolgen, ist offensichtlich etwas zeitraubend; die Zeit drängt. Ich will mir daher jetzt Mühe geben, mich kurz zu fassen. So müssen Sie schon entschuldigen, wenn das, was ich jetzt noch sagen möchte, Ihnen ein wenig schematisch erscheint.

Außer den militärischen Problemen gibt es noch die Probleme des Verhandeln, und – glauben Sie mir – die NATO ist wirklich verhandlungsbereit, aber nur zu ernstgemeinten Verhandlungen. Sie will sich nicht für bloße Propagandaaktionen hergeben, die uns der Möglichkeit berauben, die Probleme an der Wurzel zu packen. Ich beschränke mich darauf, Ihnen zu sagen, was wir bei Verhandlungen *nicht* tun dürfen. Ich glaube, dass es bei Beginn von schwierigen Verhandlungen mit geschickten und realistisch eingestellten Gegnern ratsam ist, sich eine feste Grenze zu setzen, über die man unter keinen Umständen hinausgehen will. Nun gibt es bei diesen Verhandlungen zwei Dinge, auf die wir weder unmittelbar noch mittelbar eingehen dürfen: den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa und die Neutralisation Deutschlands.

Es ist wohl über jeden Zweifel erhaben, dass wir den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa gar nicht erst erwägen dürfen; denn obwohl es vielleicht ein wenig lächerlich erscheinen mag, den Versuch zu unternehmen, den Ablauf der Weltgeschichte zu schildern, wenn andere Voraussetzungen vorgelegen hätten, glaube ich doch, dass man wirklich behaupten kann, die Kriege von 1914 und 1939 hätten gar nicht erst stattgefunden, wenn man damals gewusst hätte, dass sich die Vereinigten Staaten vom ersten Kriegstage an unter Einsatz aller ihrer Streitkräfte daran beteiligen würden. Heute haben wir da einen unverhofften diplomatischen Vorteil: Die Heere der Vereinigten Staaten stehen an der Ostgrenze der westlichen Welt auf der Wacht. Ich glaube, wir würden einen nicht wiedergutzumachenden Fehler begehen, wenn wir in Verfolg einer allzu leichtfertigen Politik es darauf ankommen ließen, dass die amerikanischen Truppen Deutschland und dann auch wahrscheinlich Europa verlassen, und wenn wir dann durch eigene Torheit eine der wesentlichen Voraussetzungen wiederschaffen würden, die 1914 und 1939 den Kriegausbruch in Europa ermöglicht haben.

Wir dürfen auch die Neutralisation Deutschlands nicht zulassen. Was die Deutschen selbst über die Neutralität ihres Landes denken, geht mich nicht unmittelbar etwas an. Aber ich glaube, man muss sich einmal ganz klar darüber werden, was «Neutralität» hier denn eigentlich bedeutet.

«Neutralität» bedeutet hinsichtlich der Deutschen, dass diese erklären, sie seien zu schwach, sie lehnten es ab, in das Drama, das sich vor ihren Augen abspielt, einzugreifen, das sie darauf verzichteten, ihre eigene Mission in dieser Welt zu verkünden und zu betreiben, obwohl gerade sie sich an der Nahtstelle zweier Kulturformen, zweier Weltanschauungen, also an der wichtigsten Stelle eines Kampfes befinden, der für die Zukunft der Menschheit von außerordentlicher Bedeutung ist.

Wenn die Mehrheit der Deutschen eines Tages so argumentieren sollte, würde das ganz einfach besagen, dass sich in Deutschland etwas sehr Schwerwiegendes ereignet hat, und ich glaube, ohne dass ich hier über diese Seite der Angelegenheit allzu viele Worte machen will, dass ich mit Recht behaupten kann, dass eine derartige Neutralität Deutschlands die Neutralität aller anderen Länder Europas nach sich ziehen wird. Und hier fängt die Sache an, in meine Zuständigkeit zu fallen. Ich glaube nicht, dass Deutschland sich hinter einer Neutralität verkriechen kann, die – wohlverstanden – von den Verein-

igten Staaten garantiert werden soll, während zugleich die übrigen Staaten Europas aufgefordert werden, auch weiterhin militärische Anstrengungen zu machen. Kann man sich wirklich eine Lage in Europa vorstellen, in der Deutschland neutral bleibt, Belgien, Holland, Luxemburg und sogar Frankreich und Italien aber Streitkräfte unterhalten und aus freien Stücken bereit wären, die Verteidigung Deutschlands gegen einen möglichen Angriff zu gewährleisten? Das scheint mir völlig unmöglich. Wenn ich mich so energisch gegen die Neutralisation Deutschlands wende, geschieht es deshalb, weil ich weiß – zum mindesten zu wissen glaube – dass die Neutralisation Deutschlands diejenige ganz Europas zur Folge haben wird. Darum wende ich mich mit dieser Rede, die ich hier gerade im Hinblick auf Deutschland gehalten habe, auch an ganz Europa. Ein neutrales Europa bedeutet, dass dieses seinen Abstieg und Verfall selbst anerkennt.

Damit wird aber anerkannt, dass unser Erdteil, der bisher eine so große Rolle in der Weltgeschichte gespielt hat, zugibt, dass wir damit am Ende stehen, dass die Ereignisse uns überrollt haben. Und wie ich schon heute morgen sagte, könnte man dann mit Recht behaupten, dass Europa aufhört, eine aktive Rolle in der Politik zu spielen und statt dessen deren bloßes Objekt wird. Was besagt das? Etwa, dass Sowjetrußland uns von heute auf morgen den Krieg erklären wird und dass wir eine Woche nach unserer Neutralitätserklärung angegriffen werden? Keinesfalls; aber es besagt, dass Rußland uns dann jederzeit jede beliebige politische Bedingung stellen kann, da wir dann ja keine Streitkräfte mehr zur Verfügung haben, da wir auf Soldaten und wirkungsvolle Waffen verzichtet haben. Ein solches Eingeständnis würde bedeuten, dass die Hauptthese der sowjetischen Politik richtig ist.

Damit möchte ich zum Schluss kommen. Die Hauptthese der sowjetischen Politik besagt, dass die westliche Welt im Abstieg und Verfall begriffen ist, dass der Kommunismus, historisch gesehen, im Kommen ist und daher unvermeidlich den Sieg davontragen wird. Wenn wir erklären, dass wir neutral sein wollen, dass wir an den großen Ereignissen in der Welt desinteressiert sind, dass wir keine eigene Mission mehr zu erfüllen haben, dann wäre diese russische These durch die Tatsachen bestätigt. Nein, meine Damen und Herren, es gibt wirklich keinen Grund für Europa, so schwarz zu sehen. Ich möchte ganz im Gegenteil behaupten, dass wir auf dem Wege zum Wiederaufstieg sind. Wir haben seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges das richtige Gefühl gehabt, dass wir zusammenarbeiten müssen, dass wir alle Streitkräfte Europas und des Westens integrieren müssen. Diesen Weg haben wir beschrritten und können dabei schon einige Erfolge buchen. Dank der Bemühungen vieler ist es uns im vergangenen Jahre gelungen, den Gemeinsamen Markt und Euratom zu schaffen. man spricht jetzt davon, den Begriff der Integration Europas auf eine Freihandelszone auszudehnen.

Dank der Atlantikorganisation haben wir durch gemeinsame Politik erstaunliche Fortschritte gemacht. Wir sind also auf dem richtigen Wege, wir sind dabei, Ordnung in unsere Angelegenheiten zu bringen. Und wenn wir so in Europa und im ganzen Westen eine neue Ordnung schaffen, bin ich sicher, dass wir durch Tatsachen beweisen werden, dass kommunistische Prophezeiung falsch ist, dass es einfach nicht wahr ist, dass die westliche Welt vom Schicksal zum Untergang verurteilt ist. Ich bin im Gegenteil fest davon überzeugt, dass wir nicht nur beweisen werden, dass wir unsere politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme überhaupt lösen können und unsere Lebensanschauung und Kultur zu verteidigen wissen, sondern auch, dass wir das alles viel besser vermögen als die kommunistische Welt. Folglich müssen wir uns einen der Leitsätze des Kommuniqués der Ministerpräsidenten vom Dezember zu eigen machen: Wir müssen einer Politik zustimmen, die jede Provokation ablehnt, die sich aber andererseits auch nicht durch Drohungen einschüchtern lässt. Unsere Art, Politik zu treiben, muss nüchtern, in sich gefestigt und zuversichtlich sein. Eine solche Politik gaben wir schon begonnen, und wir müssen sie jetzt nur unbeirrt bis zum erfolgreichen Ende weiterführen. Es wäre tatsächlich tief bedauerlich, wenn wir aus Kleinmütigkeit und Feigheit oder aus falscher Überlegung heraus den Kampf für unsere Auffassung von einem menschenwürdigen Dasein aufgeben würden, während■

wir ihn doch gewinnen können.